

Stadt Oelde, Haushaltsrede 2025 des Kämmerers Stand: 16.12.2024 - es gilt das gesprochene Wort

**Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder,**

ich darf Ihnen heute die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes für das kommende Jahr vorstellen. Ein Entwurf, der mit einem Defizit von über 12,36 Mio. € nicht zufrieden stellen kann. Die Verwaltung hat im Vorfeld der heutigen Einbringung das Handtuch schon mehrfach ausgewrungen, die Finanzbedarfe in vielen Bereichen anhand aktueller Ist-Entwicklungen nochmals kritisch hinterfragt und dort, wo vertretbar, auch bereits reduziert. Die vor einigen Wochen gemeldeten Zahlen ließen zunächst noch ein Defizit von bis zu 16,2 Mio. € befürchten. Dies zeigt, dass die erfolgte Verschiebung der Haushaltseinbringung ein richtiger Schritt war, aber leider noch nicht ausreicht.

Gesamtübersicht Ergebnisplan 2025:

- Folie: Ergebnisplan Haushaltsplanentwurf 2025 -

Das Haushaltsvolumen des kommenden Jahres umfasst auf der Aufwandsseite 122,66 Mio. €. Dem stehen Ertragserwartung von lediglich 110,3 Mio. € gegenüber. Mit der sich daraus ergebenden Finanzierungslücke von 12,36 Mio. € im kommenden Jahr ist die Stadt derzeit noch weit entfernt vom Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt für 2025 vorlegen zu können.

Einnahmeentwicklung kann mit Aufwandsanstieg nicht mithalten:

- Folie: Gründe Aufwandssteigerungen in 2025 -

Als Gründe für die stark steigenden Aufwendungen wirken 2025 noch deutlicher als im laufenden Jahr die Tarifabschlüsse. Dies sowohl bei den direkten Personalaufwendungen der Stadt wie auch indirekt über eine spürbar steigende **Kreisumlage**. So steigt die von Oelde abzuführende Kreisumlage im nächsten Jahr um + 2,55 Mio. € auf 20,3 Mio. €, was einen Anstieg von + **14,4 %** bei dieser Position bedeutet.

Ein ähnliches Bild ergibt die Betrachtung der Kostensteigerungen bei den Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen Dritter**. Hierfür sind im kommenden Jahr 25,97 Mio. € veranschlagt, was nur moderat mehr ist, als im laufenden Jahr. Gegenüber dem Rechnungsergebnis des Jahres 2023 ergibt sich aber bereits ein Anstieg von 5,3 Mio. € oder prozentual **+ 25,6 %** innerhalb von nur 2 Jahren.

Ebenso deutlich fallen die Steigerungen bei den von der Stadt Oelde zu erbringenden **Transferleistungen aus**, also Geldern, die über den städtischen Haushalt an Dritte weitergeleitet werden. Dazu gehören neben der bereits genannten Kreisumlage beispielhaft auch Kindergartenbetriebskosten, Aufwendungen für Sozial- und Jugendhilfeleistungen oder Ausgaben für die Flüchtlingsunterbringung und -betreuung. Während hier noch 40,5 Mio. € für 2023 bzw. 43,3 Mio. € im laufenden Jahr ausreichen, steigt die Höhe der zu leistenden Transferaufwendungen im kommenden Jahr um + 7 Mio. € auf neu 50,4 Mio. €. Auch hier ein Anstieg von **+ 16 %** in nur einem Jahr.

Ein zugegebenermaßen besorgniserregender Kostenanstieg, der aber von der Stadt Oelde - und damit von Ihnen verehrte Ratsmitglieder als Haushaltsverantwortliche - ebenso wie vom Kämmerer leider überhaupt nicht zu steuern oder einzubremsen ist, weil die zu erbringende Leistungshöhe von Stellen außerhalb unseres Rathauses vorgegeben wird. Wie kann es gelingen, gegen solch hohe, allesamt prozentual zweistellige Kostensteigerungen innerhalb nur eines Jahres ansparen? Als Finanzverantwortlicher fühlt man sich wie der Kapitän eines Schiffes, welches mit defektem Ruder unkontrolliert von den Wellen des Gesetzgebers vor sich hergetrieben wird. Einen solchen Zustand unzureichender Finanzausstattung der Städte für die ihnen von Bund und Land übertragene Aufgaben beanstanden die Kommunen schon lange, ohne jedoch bisher hinreichend Gehör gefunden zu haben. Jetzt ist das Schiff „Kommunalhaushalt“ nicht nur in Oelde in gefährliche Schieflage geraten; wir drohen zu kentern und rufen: „SOS“, um nun endlich Gehör nach unseren Forderungen auf angemessene Finanzausstattung zu erhalten. Oelde und vielen anderen Städten landauf landab verbleibt

derzeit keine auskömmliche Finanzausstattung, nicht für die ihnen übertragenen Aufgaben und erst Recht nicht zur eigenverantwortlichen Gestaltung ihrer Selbstverwaltungsaufgaben. Aber gerade diese örtliche Gestaltungsfreiheit muss erhalten bleiben, macht sie doch das aus, was eine Stadt für die Bürgerinnen und Bürger lebenswert und für unsere Wirtschaft zum attraktiven Standort macht.

Gestatten Sie mir hier die eingetretenen Mehrbelastungen anhand einiger konkret von der Stadt zu zahlender Transferaufwendungen zu verdeutlichen:

- Folie: Beispiele für Entwicklung Transferaufwendungen in 2025 -

Wie ausgeführt, stiegen die Transferaufwendungen im Oelder Haushalt um + 7 Mio. €, davon führen alleine folgende 6 Positionen bereits zu Mehrbelastungen von über 6,5 Mio. €:

- + 2.553.000 € Kreisumlage
- + 360.000 € Krankenhausinvestitionsumlage
- + 130.000 € Gewerbesteuerumlage
- + 1.657.000 € Kindertagesbetreuung
- + 870.000 € stationäre Hilfen der Jugendhilfe in Einrichtungen
- + 498.000 € ambulante Hilfen zur Erziehung
- + 175.000 € Unterhaltsvorschuss - UVG-Leistungen
- + 288.500 € Leistungen für Asylbewerber

Allein die sich hieraus für 2025 ergebende Mehrbelastung ist höher, als die gesamten jährlichen Grundsteuereinnahmen der Stadt. Sie sehen: Hiergegen durch Einsparen bei den übrigen kommunalen Aufgaben auf Kurs zu bleiben, kann kaum gelingen. Es bläst den Städten ein stürmischer Wind entgegen. Auch Oelde muss, um dem Haushaltssicherungskonzept zu entgegen, im kommenden Haushalt in eine vom Gesetzgeber neu geschaffene buchhalterische Trickkiste greifen. Darauf komme ich später noch zurück.

Auch die 2025 sich an der einen oder anderen Stelle abzeichnenden Mehreinnahmen können diese Mehrbelastungen nicht ausgleichen. Aber Oelde stellt sich dieser Herausforderung. Wir werden jedoch dabei

unseren Rettungsring selbst ergreifen und anlegen müssen. Echte finanzielle Hilfe vom Bund oder Land können wir angesichts der auch dort klammen Kassen nicht erwarten. Ganz im Gegenteil. Weil auch dort gespart werden muss, ist fraglich, für welche beabsichtigten, aber noch nicht bewilligten Maßnahmen künftig noch Fördermittel gewährt werden.

Defizitärer Finanzplanungszeitraum 2026-2028

- Folie: Finanzplanungszeit 2026-2028 -

Auch die Folgejahre der mittelfristigen Finanzplanung weisen für 2026 bis 2028 hohe Jahresdefizite zwischen 8 und 10,7 Mio. € pro Jahr aus.

- Folie: Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage für 2025 -

Im kommenden Jahr kann die Stadt Oelde das Defizit noch durch einen Rückgriff in ihre Ausgleichsrücklage decken. Besorgniserregend ist aus meiner Sicht als Kämmerer aber die Größenordnung der Finanzierungslücke im Haushalt, verschlingt sie doch die Ausgleichsrücklage in kürzester Zeit. Trotz eines Bestands von aktuell 23,7 Mio. € reicht die Ausgleichsrücklage nur aus, um den Fehlbetrag des laufenden Jahres sowie das Defizit des kommenden Jahres decken zu können. Der Haushalt 2025 gilt damit zwar nach der Entnahme aus der Ausgleichsrücklage nochmals als fiktiv ausgeglichen.

- Folie: Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage in 2026-2028 -

Aber weil die Rücklage danach aufgebraucht ist, kündigt der finanzielle Orkan, der dann in den nachfolgenden Haushaltsjahren 2026 ff. auf uns losstürmen würde, bereits heute seine Vorboten an. Nach dem Verbrauch der Ausgleichsrücklage steht zur Deckung der Fehlbeträge ab 2026 nur noch ein Verzehr des bilanziellen städtischen Eigenkapitals, also ein „Leben von der Substanz“ zur Verfügung. Diese sogenannte „Allgemeine Rücklage“ der Stadt müsste dafür aber in einem Umfang von deutlich mehr als 5 % jährlich in Anspruch genommen werden, was unweigerlich ab 2026 in die Haushaltssicherung führen würde.

Zwar ist es im Vorfeld dieser heutigen Etateinbringung gelungen, den Haushaltsentwurf bereits um 4 Mio. € jährlich durch Einsparungen und

kritische und bedarfsgerechte Ansatznachkalkulationen zu entlasten; das reicht aber nicht. Um den kritischen Schwellenwert in eine Haushaltssicherung zu unterschreiten, müssten nochmals zusätzlich etwa 7 Mio. € jährlich und vor allem dauerhaft im Haushalt eingespart werden. Dies ist bisher trotz aller Anstrengungen nicht gelungen. Fraglich ist, ob angesichts der zahlreichen städtischen Pflichtaufgaben ein solches Einsparpotential überhaupt erreichbar ist?

- Folie: Verlustvortrag als Instrument statt Haushaltssicherung -

Um trotzdem eine Haushaltssicherungspflicht schon zum kommenden Haushalt zu umgehen, muss Oelde daher, wie zahlreiche Städte im Kreis Warendorf auch, ebenfalls in die buchhalterische Trickkiste der mit dem 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz neu geschaffenen Instrumente greifen. „Verlustvortrag“ ist hier das Stichwort: die Defizite des Finanzplanungszeitraums 2026 bis 2028 werden, soweit sie über den kritischen Schwellenwert einer Rücklagenentnahme von 5 % jährlich hinausgehen, nicht im gleichen Haushaltsjahr gedeckt, sondern im Rahmen des sogenannten „Verlustvortrags“ jeweils um 3 Jahre weiter in spätere Haushaltsjahre verschoben, also „vorgetragen“.

D.h. ein Teilbetrag in Höhe von 6,4 Mio. € der 2026 auszuweisenden Gesamtfinanzierungslücke wird in das Jahr 2029 vorgetragen. Ein Teildefizit in Höhe von weiteren fast 7 Mio. € aus dem Planjahr 2027 dann in das Jahr 2030 vorgetragen und so weiter.

Ebenso verfahren derzeit fast alle Städte im Kreis bei Einbringung ihrer Haushalte.

Über diesen zweifelhaften Kunstgriff des Verlustvortrags, den der Gesetzgeber statt einer echten Reform der kommunalen Finanzausstattung geschaffen hat, sinkt zwar dann das verbleibende Resthaushaltsdefizit der Jahre 2026 ff. wieder unter den relevanten Wert von 5 % jährlich, so dass zunächst eine Haushaltssicherungspflicht – betrachtet man nur den Finanzplanungszeitraum bis 2028 - abgewendet zu sein scheint.

Bekanntlich schafft ein Aufschieben und Vortragen von Problemen und damit auch von Finanzierungslücken aber noch keine Lösung, sondern verlagert das Problem nur in künftige Jahre ab 2029. Diese Haushaltsjahre

müssen zusätzlich zu den laufenden Belastungen dann auch die aus früheren Haushalten vorgetragenen Verluste erwirtschaften und decken. Woher dieses zusätzlich benötigte Geld dann kommen soll, ist mehr als ungewiss. Hier geht es Oelde nicht anders, als den übrigen Städten im Kreis. Aber: Der Gesetzgeber hat alternative Möglichkeiten nicht geschaffen. Wir haben also derzeit nur die Alternative: Bereits ab 2026 in die Haushaltssicherung zu gehen oder das drohende Haushaltssicherungsrisiko um 3 Jahre zu verschieben. Bei keiner der Varianten kann sich ein Kämmerer ernsthaft wohlfühlen.

Daher, und darauf möchte ich als Kämmerer hinweisen, dürfen wir nicht darauf vertrauen, dass nach dem buchhalterischen Einsatz des Verlustvortrags die Finanzierungslücke geschlossen sei – sie ist nur auf die Jahre nach Ende unseres haushaltsrechtlich maßgebenden Betrachtungszeitraums in die Zukunft geschoben worden, muss aber danach gleichwohl erwirtschaftet und gedeckt werden.

Ein großes Wagnis also. Rat und Verwaltung müssen daher gemeinsam bereits im Rahmen dieser bevorstehenden Etatberatungen alle Möglichkeiten zur Haushaltskonsolidierung vorbehaltlos ansprechen, prüfen, die Umsetzbarkeit und deren Auswirkungen abwägen und vor allem notwendige „Sparentscheidungen“, die immer unpopulär sein werden, gemeinsam treffen. Wünschenswert ist es, Lösungen zu finden, welche die Bürger maßvoller belasten, als die sonst nur verbliebende Alternative – Defizitdeckung durch Steuererhöhungen. Am Ende bleibt nur die Wahl zwischen Einsparungen oder Ertragsverbesserungen.

Diese umfassende Prüfung von Konsolidierungsmöglichkeiten erwartet auch die Kommunalaufsicht des Kreises, da ihr die Haushaltspläne der Städte, die das Instrument des Verlustvortrags nutzen, zur Genehmigung vorzulegen sind.

Finanzplan 2025 - Investitionsschwerpunkte

- Folie: Finanzplan 2025 - Übersicht geplante Investitionen -

Auch 2025 wird erheblich in die städtische Infrastruktur investiert werden. Verschobene oder unterlassene Unterhaltung und Erneuerung des

Bestehenden führen andernfalls zu einem Sanierungstau, der oft auf Dauer sogar teurer wird. Daher haben wir das, was unabweisbar notwendig erscheint, im kommenden Haushalt auch etatisiert. Insgesamt sind Investitionen von über 29,1 Mio. € vorgesehen, davon 6,55 Mio. € für Grunderwerb, 15,7 Mio. € für Hoch- und Tiefbaumaßnahmen und über 4,5 Mio. € für Fahrzeuge, technische Anlagen und Maschinen.

Finanzierung der Investitionen

- Entwicklung der Kreditaufnahme und der Verbindlichkeiten -

Zur Finanzierung dieser Investitionen sind neue Kreditaufnahmen von bis zu 16,525 Mio. € im kommenden Jahr vorgesehen. Zugleich erfolgt 2025 in Höhe von 2,9 Mio. € auch eine ordentliche Kredittilgung. Die geplante Nettokreditaufnahme beträgt somit 13,6 Mio. €.

Damit würde die Gesamtverschuldung der Stadt Oelde aus Investitionskrediten bis Ende 2025 auf voraussichtlich 60,3 Mio. € ansteigen.

Hinzu kommt der zunehmend erforderliche Bedarf an Kassenkrediten. Zum Jahresende 2023 betrug der Kassenkreditbestand noch rund 5,7 Mio. €, hat sich aber bereits mit Stand heute auf 14,5 Mio. € erhöht. Auch wenn sich auf dem Kreditmarkt die Zinskonditionen für Kommunalkredite aufgrund der aktuellen Leitzinssenkungen wieder reduziert haben, beträgt das derzeitige Zinsniveau der Banken immer noch rund 3 % per anno.

Folge sind beachtliche Zinsbelastungen auch im kommenden Jahr. Rund 1,3 Mio. € sind dafür vorgesehen. Langfristig sind die zunehmende Verschuldung der Stadt Oelde und die damit einhergehenden steigenden Zins- und Tilgungslasten durchaus besorgniserregend zu betrachten, weil dadurch für die Zukunft insgesamt rund 5 Mio. € liquider Mittel jährlich für Zins- und Tilgungsleistungen vorab gebunden werden, Tendenz steigend. Mittel, die die Haushaltsplanungen künftiger Jahre vorbelasten werden.

Meine Damen und Herren,

nach diesen Ausführungen zur allgemeinen Finanzlage der Stadt lassen Sie mich nun konkret einmal darstellen, welche Einnahmen bzw. Erträge kann Oelde im kommenden Jahr erwarten und wofür werden die Gelder ausgegeben?

Steuerertragslage und Hebesatzanpassungen

- Folie Steuersätze -

Schlüsselzuweisungen erhält die Stadt Oelde auch im kommenden Jahr nicht. Sie muss daher alle Aufgaben weiterhin selbst aus eigenen Einnahmen finanzieren. Steuern und Abgaben werden im kommenden Jahr in Höhe von rund 62,8 Mio. € erwartet.

Grundsteuern

Davon kommt der geringste Einnahmeanteil mit 107 T€ aus der Grundsteuer A, die wir aufkommensneutral mit einem Hebesatz von 276 v.H. einplanen.

Der aufkommensneutrale Steuerertrag bei der Grundsteuer B beträgt im kommenden Jahr unverändert 6,3 Mio. €. Um diese Summe zu erzielen, haben die Kommunen entweder die Möglichkeit, wie bisher einen einheitlichen aufkommensneutralen Hebesatz für Wohn- und Nichtwohngrundstücke festzulegen. Oder alternativ ermächtigt der Landesgesetzgeber nunmehr zur Abmilderung der sonst eintretenden Belastungsverschiebungen zwischen Wohn- und gewerblich genutzten Grundstücken die Städte auch zur Erhebung unterschiedlicher, differenzierter Grundsteuerhebesätze. Die rechtliche Verlässlichkeit dieser Hebesatzdifferenzierung ist derzeit zwar noch nicht gerichtlich geklärt und birgt Unsicherheiten für die Kommunalhaushalte, aber etwa 55 der NRW Gemeinden haben angekündigt, diesem Weg zu folgen.

Die Verwaltung bevorzugt bekanntlich die Erhebung einheitlicher Hebesätze aufgrund der damit verbundenen größeren Rechtssicherheit.

Der Finanzausschuss hat am vergangenen Montag aber mehrheitlich für differenzierte aufkommensneutrale Hebesätze (647 bzw. 1190) votiert.

Dazu erfolgt heute im nachfolgenden Tagesordnungspunkt die abschließende Beschlussfassung. Da der Ihnen heute vorgelegte Planentwurf bereits vor der aktuellen politischen Beratung und Beschlussfassung zu den künftigen Grundsteuerhebesätzen aufgestellt wurde, beinhaltet er derzeit noch den ursprünglichen Verwaltungsvorschlag eines einheitlichen aufkommensneutralen Hebesatzes von 789 v.H. Also bitte an dieser Stelle nicht wundern. Die Verwaltung wird die aktuelle politische Beschlussfassung selbstverständlich in der weiteren Etatberatung berücksichtigen. Summenmäßig ergibt sich auch bei differenzierten Hebesätzen für den Haushalt kein Änderungsbedarf, weil die Erhebung differenzierter Hebesätze aufkommensneutral ebenfalls 6,3 Mio. € erwirtschaften würde.

Gewerbsteuer

Der Gewerbesteuerhebesatz verbleibt in Abstimmung mit der Bürgermeisterin derzeit noch unverändert bei 413 v.H. Die sich daraus ergebende Ertragserwartung ist im Planentwurf für 2025 mit 31,03 Mio. € veranschlagt, was zwar über dem aktuellen Steuer-Ist des laufenden Jahres liegt, aber zugleich aus Gründen der Vorsicht angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung dennoch 1,7 Mio. € unterhalb der noch in der bisherigen Finanzplanung für 2025 zunächst angenommenen Steuererwartung liegt. Entsprechend haben wir im Planentwurf die in der bisherigen Finanzplanung ausgewiesenen Ansätze für 2025 nach unten korrigiert.

Sonstige Steuererhöhungen sind im Haushaltsentwurf für 2025 bisher nicht vorgesehen.

Kreisumlage

- Folie Kreisumlage -

Die Kreisumlage soll nach dem Beschluss des Kreistags vom vergangenen Freitag auf 33 v.H. steigen. Für die Stadt Oelde bedeutet dies im kommenden Jahr einen Anstieg der zu zahlenden Kreisumlage um

+ 2,553 Mio. € oder + 14,4 % auf nunmehr 20,3 Mio. €. Die Kreisumlage ist summenmäßig die zweitgrößte Ausgabe der Stadt.

Personalaufwendungen und Stellenplanentwicklung

- Folie Personalaufwendungen / Stellenplan -

Größte Haushaltsposition im kommenden Jahr stellen erneut die städtischen Personalaufwendungen dar. Der Finanzbedarf für die laufenden Personalaufwendungen steigt um 1,14 Mio. € oder + 4,47 % auf neu nunmehr über 26,6 Mio. € pro Jahr an.

Bezieht man auch die Beihilfe- und Versorgungslasten mit ein, ergeben sich beachtliche Gesamtpersonalaufwendungen von insgesamt sogar 32,6 Mio. €. Damit sind rund $\frac{1}{4}$ aller kommunalen Ausgaben künftig bereits Personalaufwendungen.

Der Stellenplanentwurf weist für das kommende Jahr einen nochmaligen Anstieg um 7,46 Stellen aus, über dessen Notwendigkeit im Rahmen der Etatberatungen sicherlich ausführlich gesprochen werden wird. Ein Aspekt für diese Ausweitung ist dabei die angestrebte Nachwuchsförderung. Allen Auszubildenden, die im Jahr 2025 ihre Berufsausbildung bei der Stadt Oelde erfolgreich abschließen werden, soll nach Vorstellung der Verwaltungsleitung aufgrund des Fachkräftemangels und der bevorstehenden demographischen Entwicklung auch die Übernahme in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis angeboten werden können. Das erfordert eine entsprechende Stelle im Stellenplan. Hierfür sind 2 Demographievorsorgestellen eingeplant.

Die Integration geflüchteter Menschen hat sich unabhängig von aktuellen politischen Entwicklungen zu einer Daueraufgabe entwickelt und erfordert ebenfalls zusätzliche Personalressourcen, wenn man die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortsetzen will. Hierzu soll der Fachdienstes Soziales, Familien, Senioren mit einer zweiten Integrationsfachkraft verstärkt werden.

Um den Einsatzdienst der Feuer- und Rettungswache rund um die Uhr sicherstellen zu können, werden zudem zwei weitere Einsatzkräfte benötigt. Auch der Kommunale Ordnungsdienst soll im Rahmen des

Konzepts zur Verbesserung des Sicherheits- und Ordnungsempfindens in einer ersten Umsetzungsstufe im kommenden Jahr um 1,75 Stellen verstärkt werden.

Ende 2025 werden wir die neue Multifunktionshalle ihrem Zweck übergeben. Damit einher geht allerdings auch die Notwendigkeit einer zusätzlichen Hausmeisterstelle für diese Einrichtung, da diese täglich vom frühen Morgen bis zum späten Abend genutzt werden soll.

Forum Oelde

Auch Forum Oelde sieht sich durch die beschlossenen Tarifsteigerungen ab 2025 deutlich steigenden Personalaufwendungen gegenüber; ebenso sind weitere Kostensteigerungen bei der Pflege der Grünanlagen zu verzeichnen. Diese können nur zum Teil durch Mehrerlöse aus der bereits beschlossenen Anhebung der Eintrittsentgelte in den Vierjahreszeitenpark gedeckt werden. Daher soll in 2025 der laufende städtische Betriebskostenzuschuss um 95 T€ auf 1,875 Mio. € erhöht werden.

Die neue Betriebshalle mit den angeschlossenen Büros wird im Frühjahr 2025 in Betrieb gehen. Für fortlaufend notwendige Investitionen in die Erneuerung der Spielgeräte und zur Attraktivitätssteigerung des Parks sowie zum Kauf eines gebrauchten Radladers und notwendige Brückensanierungen ist ein städtischer Investitionskostenzuschuss von 180 T€ eingeplant.

Die Frage der Zukunft der Gläsernen Küche und dessen künftigen Standort ist noch politisch zu diskutieren. Hierfür sind daher bisher keine Gelder im städtischen Haushalt veranschlagt.

Schulen

Die Betriebskosten des Offenen Ganztags schulbetriebs steigen im kommenden Jahr durch eine Zunahme der Schülerzahlen erneut. Nahezu

an allen Grundschulen sind die vorhandenen Platzkapazitäten bereits durch die aktuell betreuten 560 Kinder ausgeschöpft, so dass die Erweiterung der Platzkapazitäten im Regelfall mit Baumaßnahmen verbunden sein wird. Ab 2026 gilt zudem der Rechtsanspruch auf einen OGS-Betreuungsplatz. Soweit die Schaffung zusätzlicher Plätze durch kleinere Maßnahmen im Gebäudebestand möglich ist, sind Mittel im Umfang von je 50 T€ für die Overbergschule und die Edith-Stein-Grundschule sowie in Höhe von 180 T€ für den Oelder Standort der Von-Ketteler-Grundschule im Haushaltsplan 2025 berücksichtigt. An der Albert-Schweitzer-Grundschule ist dagegen ein Erweiterungsbau notwendig. Das Konzept wurde 2024 entwickelt und bereits dem Rat vorgestellt. Die dafür erforderlichen Mittel sind 2025-2027 ebenfalls etatisiert, sie umfassen ein Gesamtvolumen von derzeit 7,5 Mio. €.

Die EDV-Ausstattung der Schulen umfasst aktuell über 875 Tablets, 445 Laptops und 68 Desktop-PCs. Auch 2025 soll die schulische Hard- und Software entsprechend der Schülerzahlenentwicklung aufgestockt und bedarfsgerecht erneuert werden. Dafür sind 110 T€ für Software, Programmlizenzen und den Betrieb der Breitbandanschlüsse in den Schulen etatisiert und weitere 150 T€ für IT-Beschaffungen vorgesehen. Für 2025 ist beispielhaft eine Erneuerung der Technik an den Standorten der Von-Ketteler-Schule auf interaktive Präsentationstechnik eingeplant.

An der Stromberger Lambertus-Grundschule sind 200 T€ für die Dachsanierung über den Umkleiden des Lehrschwimmbeckens eingeplant.

Darüber hinaus steht im Erdgeschoss des Unterstufengebäudes der Gesamtschule am Düddingsweg nun die lange erwartete Sanierung der Toilettenanlagen an. Die dort derzeit noch vorhandenen wasserlosen Urinale haben sich in der Vergangenheit nicht bewährt. Es sank zwar der Frischwasserverbrauch, gleichzeitig aber führten sie zu erheblichen Geruchsbelastungen. Hier soll nun Abhilfe geschaffen werden.

Am TMG ist eine Erweiterung des Lehrerzimmers aufgrund gestiegener Lehrerzahlen notwendig. Die Erweiterung soll 2025/26 umgesetzt werden. Dafür sind insgesamt Baukosten von 600 T€ veranschlagt. Die Sanierung der Aula soll dann in 2 Bauabschnitten 2026/27 endlich in Angriff genommen werden.

Stadtbibliothek und Umfeld

Das Gebäude der Stadtbibliothek weist nach 50 Jahren städtischer Nutzung deutlichen Sanierungsbedarf auf und ist bekanntlich weder im Zugang zum Gebäude noch innerhalb des Gebäudes barrierefrei. Umbaukonzepte wurden im laufenden Jahr entwickelt und den politischen Gremien vorgestellt. 2025 erfolgt dafür die Ausführungsplanung. Der barrierefreie Umbau im Bestand mit einem Ausbau des bisher ungenutzten Dachgeschosses und einer umfassenden Sanierung der vorhandenen Gebäudetechnik sowie Sanitäranlagen soll als gefördertes Projekt des Masterplanes dann 2026/27 umgesetzt werden. Insgesamt sind dafür 4,3 Mio. € in den nächsten Jahren vorgesehen, davon 300 T€ für die 2025 notwendigen Planungsschritte.

Parallel werden Planungen für eine Neugestaltung und Belebung des Hermann-Johenning-Platzes sowie die Sanierung der Geiststraße begonnen. In einem ersten Schritt ist 2025 vorgesehen, in einem Teilbereich der Geiststraße beginnend bei der Bushaltestelle gegenüber dem Drogeriemarkt Rossmann bis kurz vor dem Stadtbüchereigebäude das vorhandene Kleinpflaster im Fahrbahnbelag durch eine Asphaltdecke zu ersetzen. Dafür werden im kommenden Jahr 70 T€ bereitgestellt. Für die Platzbelebung stehen 93 T€ zur Verfügung.

Sport und Freizeit

Schwerpunkt des kommenden Jahres bei den städtischen Sportanlagen ist die Fertigstellung der neuen **multifunktionalen Dreifachsporthalle**. Dafür sind nochmals 6 Mio. € im Haushalt ausgewiesen; die Summe hat sich hier gegenüber der Vorjahresplanung nicht verändert.

Für die Ausstattung der Halle mit Sportgeräten und notwendiger Veranstaltungstechnik sowie die Möblierung der neuen Umkleiden im Jahnstation stehen 905 T€ zur Verfügung. Der Rohbau des Umkleidetrakts am Jahnstadion ist schon sichtbar. Für dessen Baukosten sind im kommenden Haushalt 1,7 Mio. € eingeplant, insgesamt werden auch hierfür Gesamtbaukosten in unveränderter Höhe von 4,38 Mio. € erwartet.

Insgesamt werden für Hochbaumaßnahmen im kommenden Jahr rund 10 Mio. € ausgegeben werden.

Die vom Rat beschlossenen Zuschussmittel an den SC Germania Stromberg e.V. für die **Erneuerung der Umkleiden auf dem Stromberger Sportplatz** sind in Höhe der 2. Zuschussrate von 750 T€ ebenfalls im kommenden Haushalt enthalten. Ebenso 25 T€ für die Anbindung dieses neuen Gebäudes an den Abwasserkanal.

Für eine **Sanierung der Fassade** am Umkleidegebäude des **Sportplatzes in Sünninghausen** sind zudem weitere 60 T€ eingeplant.

Der Förderverein Gaßbachtal hat seinen zunächst fristgerecht gestellten Zuschussantrag für weitere Sanierungsschritte im Freibad Stromberg unter anderem angesichts der angespannten Haushaltslage der Stadt Oelde für 2025 zunächst zurückgestellt. Ebenso haben die Oelder Tennisvereine ihre Anträge aus dem Vorjahr auf eine Bezuschussung der Grundsanierung der Platzbeläge ebenfalls zunächst zurückgestellt. Die Vereine zeigen damit Verantwortungsbewusstsein und nehmen Rücksicht auf den derzeit engen finanziellen Spielraum der Stadt. Dafür ausdrücklich meinen Dank.

An dieser Stelle sei gesagt: Auch an die Kinderspielplätze in Oelde ist nach dem aktuell erfolgten, umfangreichen Ausbau der Freizeitanlage weiterhin gedacht: Hier sind im Etat des Baubetriebshofes für das kommende Jahr 80 T€ für die Anschaffung neuer Spielgeräte enthalten.

Aufwendungen für die Asyl- und Flüchtlingsbetreuung

Die erwarteten Gesamtaufwendungen für die Betreuung der Flüchtlinge betragen 2025 rund 2,7 Mio. €. Die Zahlungen des Landes zur Refinanzierung der kommunalen Aufwendungen sind aber weiterhin unzureichend, so dass in Höhe von voraussichtlich rund 825 T€ ein ungedeckter städtischer Eigenanteil verbleibt.

Jugendamt - Jugend- und Familienhilfen, Kindertagesbetreuung

Das Budget des Jugendamtes überschreitet mit 30,6 Mio. € im kommenden Jahr erstmals die 30 Mio. € Marke und umfasst damit 1/4tel des gesamten städtischen Haushaltsvolumens. Davon entfallen alleine 18,2 Mio. € auf die Finanzierung der Kindertagesbetreuung. Die bedeutet eine Verdopplung der Ausgaben für die Kindertagebetreuung in weniger als 10 Jahren. Alleine im kommenden Jahr steigt der Aufwand dafür nochmals um 1,9 Mio. €. Ursächlich ist der bereits zum 01.08.2024 erfolgte gesetzliche Anstieg der Betriebskostenzahlungen an die Kitas um + 9,65 %. Zum 01.08.2025 ist bereits eine weitere gesetzliche Anhebung der Kinderspauschalen angekündigt. In der Folge verbleibt für die Stadt 2025 letztendlich eine Mehrbelastung von + 600 T€.

Ähnlich drastisch sind die Steigerungen bei den Aufwendungen für ambulante und stationäre Leistungen in der Jugendhilfe sowie erzieherischen Familienhilfen des Jugendamtes. Insgesamt steigt das Defizit des Jugendamtes im kommenden Jahr um rund 1,8 Mio. € auf nunmehr rund 17 Mio. €.

Hochbau – Gebäudewirtschaft

- Folie: Gesamtübersicht Hochbau -

1,34 Mio. € sind für die bauliche Instandsetzung und Unterhaltung von städtischen Immobilien vorgesehen und rund 10 Mio. € für investive Maßnahmen für Neubauten oder Sanierungen der Bestandsgebäude eingeplant. Tätigkeitsschwerpunkt der geplanten städtischen Maßnahmen wird neben den bereits dargestellten Baumaßnahmen an städtischen Sportanlagen und Schulen auch das Rathaus sein. Mittel für das Mehrgenerationenhaus auf dem ehemaligen Overbergschulgelände sind ebenfalls eingeplant. Das Dach des Kindergartens „Die Sprösslinge“ muss erneuert und dort ein weiterer Rettungsweg geschaffen werden.

Auch soll der bereits in Vorjahren beschlossener Investitionszuschuss zum Neubau einer Aufbahrungshalle auf dem kirchliche Friedhof in Oelde von bisher 165 T€ wegen der deutlich gestiegenen Baukostenschätzungen auf neu 200 T€ erhöht werden.

Der städtischen Baukostenzuschuss von 250 T€ zur öffentlichen Toilettenanlagen in der Marienkapelle ist zwar im Planentwurf noch

enthalten, hat sich aber aufgrund der aktuellsten Ereignisse nun erledigt. Hier wird der Ansatz über die Änderungsliste der Verwaltung herausgenommen werden.

Tiefbau, Kanal- und Straßenbau

- Folie Gesamtübersicht Tief- und Straßenbau, Abwasser -

Neben den bereits genannten Hochbaumaßnahmen sind auch über 5,2 Mio. € bauliche Investitionen in das Abwassernetz, den Gewässerschutz, den Straßenbau und die Wohn- und Gewerbegebieterserschließung vorgesehen.

Hiervon entfallen rund 2,7 Mio. € auf den Aufgabenbereich der Abwasserbeseitigung und Stadtentwässerung. Weitere 2,5 Mio. € sind für Straßenbau und Maßnahmen an städtischen Plätzen und Radwegen eingeplant. Ebenso müssen zahlreiche Brücken saniert werden. Während sich im Hochbau aufgrund nachlassender privater Nachfrage die Baukostenpreise inzwischen wieder ein wenig entspannt haben, ist das Preisniveau im Straßen- und Kanalbau weiterhin äußerst hoch.

Im Abwasserbereich sind die größten Positionen im kommenden Jahr 1,3 Mio. € zur Fortsetzung der Planung einer neuen Zentralkläranlage, ebenso jährlich wiederkehrend 750 T€ für die Sanierung bestehender Kanäle in geschlossener Bauweise. Die Herstellung der Entwässerung der geplanten ZUE, sollte diese kommen, kostet 95 T€. Auch dieser Betrag findet sich im Haushaltsentwurf.

Folgende geplante Straßenbaumaßnahmen möchte ich an dieser Stelle nennen:

- Mittel zur Verbesserung Radwegführung an Kreisverkehren	50 T€
- Mittel zur Ergänzung des städtischen Radwegenetzes	165 T€
- Investive Maßnahmen an Wirtschaftswegen	100 T€
- Bankettenerneuerung und Leitpfosten Tollstraße, 2 Abschnitte 25/26 je	50 T€
- LED Straßenbeleuchtung - Beseitigung Dunkelstellen, Rest	10 T€
- LED Straßenbeleuchtung, schrittweiser Austausch aller Leuchtmittel gegen LED über 8 Jahre, Anteil in 2025	100 T€
- Start des Endausbaus Baugebiet Benningloh II, Anteil in 2025:	900 T€
- Fahrbahnerneuerung Teilabschnitt Geiststraße	70 T€
- Mehrbedarf Erneuerung Schmale Gasse: Straßenbau + Kanalbau	+ 50 T€
- Neuentwicklung Grünzug Rathausbach, Maßnahme 8 des Masterplans	193 T€

Der Endausbau der „Albert-Einstein-Straße“ im Gewerbegebiet A2, der Kanal- und Straßenausbau eines Teilabschnitts der „Kathagenstraße“ zur

Verbesserung der Zufahrt zum Baugebiet „Hövelinger Heide“ in Lette ebenso wie die Erneuerung des „Badewegs“ und eines Teilabschnitts der „Poststraße“ in Oelde sollen dann 2026 folgen. 2027 ist die Erschließung jeweils eines neuen Baugebietes in den Ortsteilen Stromberg und Lette vorgesehen.

Meine Damen und Herren.

In den nächsten Wochen werden wir nun gemeinsam die Planzahlen intensiv beraten. Wir werden dabei auch über die Notwendigkeit und die Höhe der künftigen Mittel zur Fortsetzung freiwilliger Aufgaben sprechen müssen, ebenso über die Standards der Aufgabenerfüllung. Am Ende kann eine Stadt langfristig nur das Geld ausgeben, welches sie auch einnimmt. Das Thema der Haushaltskonsolidierung wird uns also zwangsweise begleiten. Die hierbei zu treffenden Entscheidungen werden auch nicht einfach sein und erst recht nicht immer populär. Ich danke Ihnen schon jetzt für ihre Mitarbeit bei den bevorstehenden herausfordernden Etatberatungen.

Zum Schluss gilt mein besonderer Dank dem Team des Fachdienstes Finanzen, allen voran Frau Steinberg, für die Erarbeitung dieses Planentwurfes und die Unterstützung bei den zahlreichen, bereits hausintern geführten Konsolidierungsgesprächen. Viele Fachdienste haben hierzu ihre Vorschläge eingebracht. Aufgrund der neuen Finanzsoftware Infoma, mit der dieser Entwurf erstmals erstellt wurde, hat sich auch das optische Erscheinungsbild gegenüber dem bisher Gewohnten ein wenig verändert. Seien Sie also nicht verwundert. Sollten Sie daher gewohnte Darstellungen und Angaben vermissen oder nicht auf den ersten Blick wiederfinden können, melden Sie sich gerne. Und da Softwareumstellungen bekanntlich auch mal ihre Tücken bei der Datenmigration und Übernahme der Vorjahresdaten haben, könnte sich durchaus noch ein Fehler eingeschlichen haben, den wir bisher leider trotz aller Sorgfalt doch noch übersehen haben. Auch hier geben Sie uns gerne einen Hinweis, sollte Ihnen etwas auffallen.

An dieser Stelle zunächst Danke für Ihre Aufmerksamkeit.